

Die Corona-Pause

Autoren: Andreas Steininger, Joachim Schramm*

Stand: 2. Dezember 2020

Inhaltsverzeichnis:

A. Die Corona-Krise als Katalysator

B. Die Corona-Krise als Chance zur Neuorientierung

I. Neue globale Strukturen: China auf dem Vormarsch

II. Politisch realistische Ziele in Zusammenhang mit Russland

III. Wirtschaftlich realistische Einschätzung Russlands und seiner Nachbarn als Standort für Investitionen

IV. Ostrechtsforschung: Notwendigkeit der Neuorientierung

V. Lehre und Ausbildung der jungen Generation

A. Die Corona-Krise als Katalysator

Die Corona-Krise ist nicht nur eine menschliche und gesellschaftliche Tragödie, sie ist auch ein Katalysator für Fragen und Probleme, die in der Ostforschung und in der Befassung mit Russland schon lange im Raum standen.

- Schon vor der Corona-Krise war aufgrund der Sanktionen seit dem Jahre 2014 der Handel mit Russland bereits signifikant zurückgegangen; durch die Corona-Krise wird dieser Effekt noch weiter verstärkt.¹

Zitierweise: Steininger, A., Schramm, H.-J., Die Corona-Pause, O/L-1-2020,
https://www.ostinstitut.de/documents/Steininger_Schramm_Die_Corona_Pause_OL_2_2020.pdf.

* Prof. Dr. Andreas Steininger, Prof. Dr. Joachim Schramm, Ostinstitut Wismar.

¹ Die Venture-Investitionen in Russland in der ersten Jahreshälfte 2020 um das Dreifache im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (auf 184 Millionen US-Dollar) zurück, https://www.rbc.ru/technology_and_media/23/09/2020/5f6b31d49a7947dee548156d. Der Anteil ausländischer Investitionen in russische Immobilien sank in den neun Monaten 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 23,7% auf 9,3%, <https://www.fontanka.ru/2020/09/30/69488213/>. Die Investitionen in Anlagevermögen gingen am Ende der ersten Hälfte 2020 um 4% p.a. zurück, https://www.ng.ru/economics/2020-08-23/4_7944_investments.html.

- Schon vor der Corona-Krise war bei vielen Veranstaltungen im Zusammenhang mit Russland und Osteuropa zweifelhaft, ob sie denn wirklich notwendig sind; ständig ist man hin und her geflogen, hat im Kreise der mit Osteuropa und Russland befassten Persönlichkeiten immer wieder dieselben Leute gesehen, dieselben Themen besprochen, dieselben Podiumsdiskussionen besucht. Jetzt fallen viele dieser Veranstaltungen weg und es stellt sich die Frage, ob uns dies wirklich fehlt.
- Schon vor der Corona-Krise war die Ostforschung und Ostrechts-Forschung selber in einer Krise². Man stellte sich die Frage, wozu dieser Forschungsbereich eigentlich beitragen soll, was eigentlich das Ziel ist: Politikberatung? Beratung von Unternehmen, die in Russland tätig sind? Reine wissenschaftliche Befassung mit den sozialen und gesellschaftlichen Strukturen in Russland und Osteuropa? Jetzt, nachdem viele Veranstaltungen entfallen, mit denen sich die Ostforschung bislang zumindest teilweise legitimierte, bleibt die Frage, wie sich die Ostrechtsforschung in Zukunft artikulieren kann. Nur noch schriftlich oder per Videokonferenz?
- Schon vor der Corona-Krise war in der deutschen Politik im Hinblick auf Russland kaum eine Strategie wahrnehmbar, wie man vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen in der Ukraine und des Umbaus Russlands in Richtung eines totalitären Staates weiter mit dem Land verfahren sollte. Nunmehr scheinen selbst die kleinen Initiativen versiegt zu sein, etwas an bestehenden Konflikt mit Russland zu ändern. Abgesehen davon, dass keine Strategie vorhanden ist, liegt der politische Fokus jetzt auf dem Verhältnis mit den USA und auf der Einmütigkeit in Europa.

B. Die Corona-Krise als Chance zur Neuorientierung

Auch wenn die Corona-Krise viele bereits vorhandene Probleme verstärkt, so könnte sie auch eine Chance darstellen, einmal auf den Pausenknopf zu drücken und Strukturen, Vorgehensweisen zu analysieren sowie Ziele zu definieren.

I. Neue globale Strukturen: China auf dem Vormarsch

Die Zeichen der Zeit deuten darauf hin, dass in naher Zukunft die Welt nicht multipolar, sondern bipolar sein wird: Die USA und China ringen um die Vorherrschaft und die EU mit Deutschland stehen am Rande. Russland – auch wenn man dies dort nicht gerne hört – kann sich lediglich aufgrund seiner militärischen Schlagkraft international Anerkennung verschaffen. In wirtschaftlicher Hinsicht hat

² Siehe etwa Rechtskonferenz der deutschen Gesellschaft aus Oberkünde am 6.11.2020, https://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news_anzicht/d/deutsche_gesellschaft_fuer_osteuropakunde_rechtskonferenz.

Russland wenig in die Waagschale zu werfen³ und die Eurasische Union kann es kaum mit der EU oder der neu entstandenen asiatisch-pazifischen Freihandelszone aufnehmen. China hingegen dehnt seinen Einfluss nach Zentralasien aus und wenn das Projekt der neuen Seidenstraße tatsächlich dereinst in Betrieb gehen sollte, dürften sich die tektonischen Veränderungen in Richtung China noch weiter verstärken.⁴ Russland wird zumindest mittelfristig vor der Frage stehen, ob es bereit sein wird, die Rolle des Juniorpartners gegenüber China anzunehmen, oder Verbündete zu suchen. Für die EU könnten sich hieraus mittelfristig Politikoptionen ergeben, die es auszuloten gilt.

II. Politisch realistische Ziele in Zusammenhang mit Russland

Dem stehen die Erfahrungen mit Russland der letzten Jahre entgegen, die von zunehmend autokratischen Tendenzen im Innern und - aus russischer Perspektive - Erfolgen nach außen gekennzeichnet scheinen. Gleichzeitig wirkt der Westen, wiederum aus russischer Sicht, schwach und uneinig und damit, abgesehen von den Differenzen in der Diskussion um Werte, als ein wenig attraktiver Partner. Aber auch hier gilt es, kurzfristige Erfolge von langfristigen Entwicklungen zu trennen. Und langfristig scheint die ‚Welle des Aufbegehrens‘ immer näher an das russische Kernland heranzurücken. Zuerst haben die Menschen in der Ukraine gegen eine korrupte Herrschaft aufbegehrt, die ihnen keine Perspektiven geben konnte, zurzeit demonstrieren die Menschen in Weißrussland dafür, ihr Schicksal selber bestimmen zu dürfen. Die zunehmende Autokratie nach Innen könnte ein Zeichen dafür sein, dass sich Moskau dem entgegen stemmen will. Und damit langfristig wiederum die Unzufriedenheit nur befördert.

Die EU hat bislang keine Antwort auf die Frage, ob sie diese Entwicklung lediglich als Zaungast beobachten will oder den Versuch unternehmen, durch die Formulierung eigener Angebote diese Prozesse zu beeinflussen. Damit stellt sich die Frage, auf welchen Gebieten eine Annäherung möglich erscheint. Hier bieten sich die Themen an, die auch schon der Vergangenheit maßgeblich waren, aber nicht bzw. nur in negativer Weise - als Sanktionen - miteinander verknüpft wurden: Sicherheit und wirtschaftlicher Austausch.

In puncto Sicherheit bietet sich die Möglichkeit, an die Prinzipien anzuknüpfen, sie seinerzeit im Rahmen der KSZE formuliert wurden und nun in die Kompetenz der OSZE fallen. Dazu gehört dann auch die Antwort auf die Frage, welchen Inhalt die Prinzipien von Helsinki, die Achtung der Souveränität und Integrität der Staaten auf der einen, und die Wahrung der Menschenrechte auf der anderen Seite, heute haben.

³ Das Bruttoinlandsprodukt in der EU betrug im Jahr 2019 15,62 Billionen USD, in den USA 21,43 Billionen USD, in Russland 1,7 Billionen USD, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157841/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt/>.

⁴ Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, Kapitel 4 – „Die Bearbeitung Europas“, 2020.

In Hinsicht auf den wirtschaftlichen Austausch ist festzuhalten, dass die Rechtsgrundlagen des Handels zwischen der EU- und Russland noch auf dem Partnerschaftsabkommen aus dem Jahre 1997 beruhen, das seit 2007 jährlich verlängert wird. Mit vielen anderen Staaten hat die inzwischen erheblich weitergehende Handelsabkommen geschlossen, was in Russland zweifellos zur Kenntnis genommen wurde. Auch wenn eine Umsetzung des bestehenden Abkommens oder gar seine Vertiefung gegenwärtig nicht auf der Agenda steht, so öffnen sich hier im Rahmen eines Gesamtpaktes Spielräume, die es zu nutzen gilt. Von anderer Qualität sind die Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine und Weißrussland. Im Fall der Ukraine wird der Umkehr des Warenstroms von Ost nach West zwar als ein Erfolg gefeiert. Ob dies im Sinne des Landes ist, bleibt aber offen. Im Fall Weißrussland wird es dagegen nicht möglich sein, als Preis für eine Öffnung nach Westen die Schließung der Grenzen nach Osten zu verlangen. Hier wird es darauf ankommen, eine Lösung zu finden, die es dem Land erlaubt, in beide Richtungen Handel zu treiben.

III. Wirtschaftlich realistische Einschätzung Russlands und seiner Nachbarn als Standort für Investitionen

Es gab Jahre, da galt Russland als eine Art Geheimtipp für Investitionen deutscher Unternehmen: niedrige Preise, fleißiges und hoch qualifiziertes Personal, gute Investitionsbedingungen. Regionen auch wenn man sich mit den Sanktionen seit 2014 mittlerweile arrangiert hat und Lösungsmöglichkeiten gefunden, so haben diese doch das Geschäftsklima negativ beeinflusst. Darüber hinaus befindet sich das Land zurzeit in einer Phase konservativer Restauration. Auch wenn es dem einzelnen Unternehmer völlig gleich sein könnte, ob in Russland demokratische Strukturen herrschen oder ob der Regierungschef noch weitere 16 Jahre regiert, so hat dies doch mittelbare Auswirkungen auch auf das tägliche Geschäft. Auf persönlichen Abhängigkeiten beruhende Machtstrukturen verfestigen sich und stellen Investitionen unter das Damoklesschwert von Willkür und Korruption; Investitionen werden mit zunehmenden Risiken verbunden sein. Solche Risiken lassen sich durch eine gute Beratung minimieren, schnelles und flexibles Handeln dürfte jedoch erschwert werden.

Es gilt aus wirtschaftlicher Sicht einen nüchternen Blick auf Russland zu behalten: Russland ist weder das Reich des Bösen noch eine Bananenrepublik; auf der anderen Seite ist es auch kein Paradies für Investoren. Daneben ist aber dem Umstand Rechnung zu tragen, dass neue Länder als Investitionsstandort in Betracht kommen. Die Ukraine und Weißrussland verdienen ebenso Aufmerksamkeit wie einige zentralasiatische Länder. Die Risiken mögen in diesen Ländern nicht geringer sein, doch steht dort die wirtschaftliche Entwicklung noch am Anfang.

IV. Ostrechtsforschung: Notwendigkeit der Neuorientierung

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde hat in einer Konferenz ihrer Fachgruppe Recht am 6. November 2020 vorgemacht, dass man sich durchaus einmal über die eigene Rolle und Zielsetzung Gedanken machen sollte.

Niemanden interessiert mehr die Auslegung von Art. 15 Abs. 3 Satz 4, 3. Spiegelstrich des russischen Verbraucherschutzgesetzes; die deskriptive wissenschaftliche Befassung ist eine Materie von gestern. Auch in den Gesellschaftswissenschaften ist in bestimmten Bereichen der Ostforschung die Lage nicht viel besser: Hier haben sich bestimmte Stereotypen der Russlandkritiker festgesetzt, die – selbst wenn sie denn dann berechtigt sind – die Forschung einfach nur noch langweilig machen.

Wohin soll dann aber die Forschung gehen? Von den Naturwissenschaften wird schon lange erwartet, dass sie neue Wege und Möglichkeiten aufzeigen, technische Probleme zu lösen. Genauso müssten die gesellschaftswissenschaftlichen und juristischen Fächer der Ostforschung alternative Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und sowohl Politik als auch Wirtschaft konkrete Vorschläge zur Lösung von Problemen unterbreiten. Die Zeit des Elfenbeinturms ist lange vorbei. Niemand wird in Zukunft mehr eine Forschung finanzieren, die sich nur in Beschreibung von Gesetzen oder in der ständigen Wiederholung immer gleicher Vorwürfe ergeht. Aber Zeiten der Veränderung sind auch Zeiten der Forschung. Die Gründung des ZOIS ist beredter Ausdruck der Erkenntnis, dass es der Politik an Faktenwissen mangelt, das wiederum Grundlage für Entscheidungen ist. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Außenpolitik, die anders als früher, auch Handelspolitik und Rechtsberatung umfasst, kann durchaus von einer steigenden Bedeutung der Ostrechtsforschung gesprochen werden, verstanden als ein Lieferant von Ideen zur Gestaltung der Beziehungen mit den (östlichen) Nachbarstaaten der EU.

V. Lehre und Ausbildung der jungen Generation

Die Zukunft liegt in den Händen der nächsten Generation. Inhalt einer vorausschauenden Politik muss es sein, nicht nur Studierenden im Inland die Chance zu bieten, sich mit fremden Ländern vertraut zu machen, sondern auch der jungen Generation der Nachbarstaaten mit dem Leben bei uns. Hier hat die Corona-Krise zwar einerseits schmerzhaft die Reisemöglichkeiten begrenzt, was auch die von unserem Institut angebotenen Sommerschulen betroffen hat.

Auf der anderen Seite hat die erzwungene Beschäftigung mit neuen Technologien Möglichkeiten der online-Lehre aufgezeigt, die bis dahin nicht zum Repertoire gehörten. Ganz konkret wurden vom Ostinstitut über das ganze Jahr Vorlesungen für die Studenten unserer Partneruniversitäten in russischer Sprache angeboten. Zwar bleiben noch die Erfahrungen mit online-Prüfungen abzuwarten, aber unter dem Strich wird die Erkenntnis bleiben, dass es geht. Damit eröffnen sich bedeutsamen

Möglichkeiten, in viel stärkerem Maße den Austausch der jungen Generation zu befördern, als dies bislang der Fall war. Also auch hier besteht eher ein Grund zum Optimismus.

Wichtig dabei ist allerdings, dass auch die Politik diese Chancen erkennt und im Bereich der Ostforschung den Lehrenden die Möglichkeit einräumt, diese Vorlesungen und Veranstaltungen in ausreichender Weise vorzubereiten.

©Ostinstitut Wismar, 2020
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751